

FRAGE

Die Bundesregierung will die deutsche Wirtschaft neben anderen Hilfspaketen nun mit einem Wachstumsbeschleunigungsgesetz stabilisieren. Es soll Unternehmen, Erben und Hoteliers um insgesamt 8,5 Milliarden Euro entlasten. Ist das geplante Gesetz aus volkswirtschaftlicher Sicht geeignet, die Konjunktur zu stützen?

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Insbesondere die Entlastung für Hotelübernachtungen erfordert bürokratischen Aufwand, der nicht gerechtfertigt ist.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das ist teils Unsinn (Hoteliers), teils nur langfristig wirksam.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Jede Subvention stützt auch irgendwie die Konjunktur. Es ist nur fraglich, ob die Finanzhilfen nach dem wirtschaftlichen Prinzip mit optimalem Nutzen eingesetzt werden. Daran habe ich Zweifel.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Das ist reine Klientelpolitik ohne Sinn.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Einzelne Elemente des Gesetzes stellen eine reine Verpulverung von Steuergeldern dar. Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen ist ein ökonomischer Irrsinn, der seinesgleichen sucht.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Für eine nennenswerte Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, selbst wenn man annehmen würde, dass die Begünstigten 80% dieses Betrages ausgeben werden, ist der Betrag für ein wirksames Konjunkturprogramm zu gering. Es gibt meines Erachtens weder theoretische noch reale Gründe, die die Erwartung der Bundesregierung (hinsichtlich der Wachstumsimpulse) unterstützt. Es spricht nichts dafür, dass die Unternehmen, die Erben und die Hoteliers aufgrund dieser Steuerentlastung in der gegenwärtigen Situation ökonomisch aktiver werden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Das Paket ist zu diffus und konjunkturpolitisch nicht zielgenau angelegt, um einen spürbaren Impuls auszulösen; einige Elemente sind ohnehin eher langfristig struktureller Natur (Erbschaftsteuer), andere werden versickern (Hotels).

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die Erleichterungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung sind stichhaltig begründet, allerdings sind daraus keine kurzfristigen konjunkturellen Effekte zu erwarten. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Hoteliers ist eine ökonomisch nicht zu rechtfertigende neue



Steuervergünstigung. Derartige Verzerrungen behindern die effiziente Ressourcenallokation. Positive Wachstumswirkungen sind damit nicht verbunden, zumal die Steuerausfälle am Ende durch Mehrbelastungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden müssen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das Paket umfasst viel zu kleine und keine wachstumsfördernden Instrumente.

Prof. Dr. Hans-Michael Trautwein Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg:

Deutlich wahrnehmbare Klientelpolitik mit selektiver Subventionierung in wenig ausgabefördernden Bereichen schadet sowohl ökonomisch als auch politisch.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Das Hilfspaket ist zu klein.

Prof. Dr. Joachim Weimann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg:

Für die Stabilisierung der Situation wäre das Signal wichtig, dass die Regierung die Konsolidierung des Haushalts vorantreibt. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist das gegenteilige Signal.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die steuerlichen Entlastungen sind teils strukturell geboten, teils Klientelpolitik aber haben alle nichts mit dem Auslastungsgrad des bestehenden Produktionspotentials zu tun!

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Es handelt sich um ein bürokratisches Monster.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nur bedingt. Die Änderungen bei der Unternehmensteuerreform (z.T. auch bei der Erbschaftsteuerreform) sind strukturelle Verbesserungen, die den Wachstumstrend steigern können. Der höhere Kinderfreibetrag/Kindergeld kann die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhen; mit Blick auf das Ziel der Familien- bzw. Kinderförderung ist dieses Instrument aber ineffizient, denn internationale Studien raten, bei der Kinderförderung verstärkt auf Sachleistungen zu setzen. Entschieden abzulehnen ist der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen. Hierdurch sind keine positiven konjunkturellen Effekt möglich. Strukturell kommt es wegen der Ausweitung von Ausnahmetatbeständen sogar zu einer Verschlechterung.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Entlastungen für Kinder und Familien bringen nichts für Konjunktur und Wachstum. Besser wäre eine deutlichere Entlastung und vor allem Entbürokratisierung bei den Unternehmenssteuern gewesen. Die Hotelbegünstigung ist ein Rückfall in finsterste Klientelpolitik ohne jeden Sinn.

Dr. Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank Frankfurt:

Nur die Entlastung von Familien ist sinnvoll, allein aber zur Konjunkturstützung viel zu wenig. Andere Maßnahmen wie die Geschenke an Hoteliers und Erben riechen nach Lobbypolitik und dürften der Konjunktur wenig bis gar nicht helfen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kann günstigstenfalls als Versuch gewertet werden, die Stimmung der Leistungsträger zu verbessern. Alles andere ist natürlich wissenschaftlicher Unfug – Wachstum kann nicht per Dekret verordnet werden. Sollte die Stimmungsverbesserung in der deutschen Wirtschaft aber tatsächlich gelingen, wäre viel gewonnen. Die öffentliche Debatte darüber ist natürlich ein wirksames Instrument, einen etwaigen Erfolg im Vorfeld zu zerreden. Damit kann in der Tat bewirkt werden, dass der von den Gegnern vorgebrachte Vorwurf einer reinen Begünstigungspolitik sich im Endergebnis auch bestätigen wird. Dann hätten die Gegner dann doch recht gehabt – aber zu welchem Preis?

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die bereits beschlossenen Konjunkturpakete entfalten 2010 noch eine erhebliche Wirkung, so dass weitere Maßnahmen derzeit nicht erforderlich sind. Die nun konkret geplanten Maßnahmen werden auch nicht sonderlich stimulierend auf die Konjunktur wirken, da mehr als die Hälfte des Gesamtvolumens auf private Haushalte entfällt. Erfahrungsgemäß lässt sich der private Verbrauch in Deutschland nur schwer ankurbeln. Er ist derzeit ohnedies relativ stabil. Das Risiko späterer Steuererhöhungen, das bei Umsetzung der aktuellen Pläne noch steigt, wird von den Haushalten möglicherweise antizipiert, so dass sie ihre Ausgaben nicht weiter erhöhen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es sollte nicht Wachstumsbeschleunigungsgesetz heißen, sondern Wählergruppenbeschenkungs-gesetz.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist sinnlos, weil prozyklisch, Konjunktur stützende Maßnahmen in einen Aufschwung hinein zu legen. Erst recht ist es sinnlos angesichts der aktuellen Verschuldungslage.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Entlastung der Unternehmen ist sinnvoll, die anderen beiden Maßnahmen nicht.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Ausgestaltung des Hilfspakets (Erben, Hoteliers) ist falsch angelegt.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Das Volumen ist insgesamt zu gering, um nennenswerte Wachstumseffekte zu generieren.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es wird ein wichtiges Signal für eine Wende gesetzt

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Maßnahmen bezüglich Unternehmen und Erben sind mittelfristig orientiert und sind kurzfristig nicht nachfragewirksam. Die Mehrwertsteurentlastung im Beherbergungsgewerbe ist ökonomischer Unfug, den man schmunzelnd als Provinsposse abhaken könnte, wenn die Sache nicht so ernst, weil fiskalisch teuer wäre. Es gibt überhaupt keinen Grund für die Annahme, dass wegen dieser Maßnahme allein mehr Geschäfts- oder Privatreisen stattfinden werden. Es ist zudem auch gar nicht sichergestellt, dass die Hoteliers die Steuerreduzierung an die Kunden weitergeben werden, um wenigstens so die Nachfrage anzuregen. Übrigens werden auch die familienpolitisch ausgerichteten Entlastungen bei der Einkommensteuer keinen nennenswerten Nachfrageschub auslösen.

Alexander Koch Media Relations & Executive Communications, UniCredit Markets & Investment Banking, HypoVereinsbank – Member of UniCredit:

Das Gesetzepaket erhöht das verfügbare Einkommen, ist allerdings kein stimmiges Konzept, lediglich Stückwerk, das den Finanzspielraum für die Zukunft schmälert.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Ein kleiner Konjunkturreffekt dürfte übrig bleiben, denn die verfügbaren Einkommen steigen etwas und die Zinsschranke wird gelockert. Was bleibt, ist die Frage der Finanzierung – die ist bisher unbeantwortet.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ein Teil der Maßnahmen (Korrektur der Unternehmensteuerreform) ist sinnvoll, wirkt aber erst auf mittlere Sicht. Ansonsten sind die konjunkturellen Wirkungen gering, zum Teil (Mehrwertsteuerprivileg für Hotels) ist das Gesetz kontraproduktiv.

Dr. Jörg Krämer Chefvolkswirt, Commerzbank:

Zwar machen die Steuervorteile einseitig für Hoteliers aus steuersystematischer Sicht keinen Sinn. Aber insgesamt geht das Paket in die richtige Richtung.

Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Das Gesetz stabilisiert Produktion und Beschäftigung, indem es zumindest die gravierendsten Mängel der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform korrigiert. Denn die bisherige Regelung gefährdet in etlichen Unternehmen die Substanz. Allerdings wollen die Unternehmen auch ein



einfaches Steuersystem ohne Ausnahmetatbestände – hier bewegt sich das Sofortprogramm in die falsche Richtung.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Diese Maßnahmen haben voraussichtlich eine geringe Wirkung auf Investitionen und sind damit nicht geeignet das Wachstum zu stabilisieren.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Eher nein denn ja: Das Gesetz erhöht abermals die Staatsausgaben und dies zudem noch mal wieder auf Pump. Die Staatsverschuldung steigt und steigt und sinkt nicht. Jedermann muss erwarten, dass damit zukünftige Steuererhöhungen bevorstehen. Diese Erwartungen werden schon heute die Wachstumsimpulse durch die Privaten bremsen (Ricardo!).

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Zentrales Element ist die Anhebung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes. Das Gesetz verdient deshalb seinen Namen nicht. Konjunkturell kann es minimal positive Effekte geben, die man wegen ihrer Fast-Unsichtbarkeit wahrscheinlich nie wird belegen können; dauerhaft ist die Ausweitung der Verschuldung. Das Wachstum der Wirtschaft wird wegen der erhöhten Verschuldung geschwächt; lediglich die Korrekturen bei der Zinsschranke und andere Korrekturen der Unternehmenssteuerreform werden sich mittelfristig tendenziell positiv auf die Wachstumsrate des Produktionspotentials auswirken.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Die Maßnahmen zur Unternehmensteuerreform und zur Erbschaftsteuer sind zwar grundsätzlich sinnvoll, wirken aber wohl erst auf mittlere Sicht. Ansonsten sind die konjunkturellen Wirkungen gering, zum Teil (Mehrwertsteuerprivileg für Hotels) ist das Gesetz kontraproduktiv.

Dr. Stefan Kooths Abteilung Konjunktur, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:

Zwar dürften bestimmte Korrekturen im Bereich der Unternehmensbesteuerung einige prozyklische Belastungselemente ausräumen, insgesamt taugt das Maßnahmenpaket aber nicht als Konjunkturprogramm III – ein solches wäre aus derzeitiger Sicht auch gar nicht ratsam. Besonders beklagenswert ist allerdings der ordnungspolitische Sündenfall im Bereich der Steuersubventionen für das Übernachtungsgewerbe. Wer einen großen Wurf bei der Steuervereinfachung plant, muss zuvor Vertrauen aufbauen, um auch unvermeidlich unpopuläre Maßnahmen politisch durchsetzen zu können. Die gegenwärtige Bundesregierung tut genau das Gegenteil. Auch die zur Durchsetzung des Gesetzes im Bundesrat nunmehr angedachte Kompensation der Länder über Bildungsausgabenzuschüsse stellt den Fiskalföderalismus auf den Kopf. Eine ordnungspolitisch durchdachte Finanzpolitik sieht anders aus.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA:

Das Volumen ist ausreichend, um einen kleinen Impuls zu geben. Das Problem liegt in der breiten Fächerung der Maßnahmen. Die Entlastungen für Hoteliers (keine Preissenkung) und Erben (hohe Sparquote) werden weitgehend verpuffen, die Unternehmensentlastungen könnten eine kleine Wirkung haben, aber sie werden ohne grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen kaum zu einem signifikanten Anstieg der Investitionen führen. Insofern sind die Maßnahmen auch aufgrund der weiteren Belastungen der öffentlichen Haushalte und damit verbundenen Notwendigkeiten an anderer Stelle zu sparen nicht empfehlenswert.



Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Für die Konjunktur ist das weitgehend irrelevant – allein die unternehmensbezogenen Änderungen ergeben Sinn.

FRAGE

Trotz der Finanzkrise sind die Regeln und Vorschriften für die Finanzbranche bislang weitgehend unangetastet geblieben. Viele Banken verdienen wieder prächtig, die Boni fließen. Besteht die Gefahr, dass die Bestrebungen zu einer besseren Finanzmarktaufsicht im Sande verlaufen?

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Der Leidensdruck fehlt.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, werden eine weitere Krise nicht verhindern können. Kann man überhaupt eine wirksame Kontrolle ausüben? An den überdimensionalen Schieflagen der Landesbanken sieht man doch deutlich, dass staatlich geführte Banken am Ende der Leistungsfähigkeitsskala sind. Aber wer soll denn eine Kontrolle ausüben? Mit Sicherheit nicht die BaFin. Ein Ungetüm, welches im Privatkundengeschäft zu einer deutlichen Lähmung führen wird, sind die neuen Vorschriften zur Dokumentation der Anlageberatung. Dank an das Ministerium für Verbraucherschutz: Das nutzt wirklich keinem, besonders nicht dem Verbraucher!

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Ja, diese Gefahr ist nicht nur wahrscheinlich, sondern auch bereits sichtbar. Je mehr das Abklingen der Finanzkrise fortschreitet, um so mehr kehrt man zu der „alten“ Tagesordnung zurück. Damit gerät wieder das Haftungsprinzip, welches in Verbindung mit Privateigentum die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Systems garantiert, wie in der Zeiten der „alten Tagesordnung“ in Vergessenheit.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

In den vergangenen Monaten seit dem Ausbruch der Krise kam es vor allem darauf an, die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu sichern; wenn wir hier wieder im ruhigeren Fahrwasser sind, wird das Thema „Regulierung“ noch einmal auf die Tagesordnung kommen, vor allem weil es Vorschläge und Konzepte u.a. durch die Issing-Kommission gibt. Auch die Vertreter der „Realwirtschaft“ werden als Leidtragende der Krise Regulierungen anmahnen und nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das Boni-Thema mag politisch wichtig sein, weil die exorbitante Vergütung für manche Positionen in der Finanzindustrie verbreiteten Gerechtigkeitsvorstellungen zuwider läuft. Für eine verbesserte Finanzmarktaufsicht ist dieses Thema jedoch nur von untergeordneter Bedeutung. Die Errichtung einer leistungsfähigen Aufsicht – etwa durch Verbesserung der europäischen Aufsichtsstrukturen – bedarf der sorgfältigen Vorbereitung, und diese Vorbereitungen laufen weiter. Hier ist kein Pessimismus angebracht.



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Ja, weil der politische Wille auf nationaler und internationaler Ebene nachlassen wird.

Prof. Dr. Hans-Michael Trautwein Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg:

Die Diskussion fährt sich in moralisch-normativen Unentscheidbarkeiten und Lobbyisten-Hickhack fest, statt mögliche Regulierungsinstrumente systematisch auf ihre makroökonomischen Wirkungen von mikroökonomischen Verhaltensregeln zu durchdenken und operational zu formulieren.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Viele Banken haben sich von staatlicher Unterstützung freigekauft und wollen nicht strenger reguliert werden.

Prof. Dr. Joachim Weimann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg:

Das Problem sind weder die Gewinne der Banken noch die Boni. Das Problem ist eher die Tatsache, dass die hohe Motivation zur internationalen Kooperation im Hinblick auf eine verbesserte Finanzaufsicht zusammenbricht.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eigenkapital und Eigenanlagevorschriften müssten langsam aber beständig den Erfordernissen angepasst werden – per Beschluss stante pedes!

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Bessere Aufsicht kann nicht automatisch mit mehr Aufsicht gleichgesetzt werden. Für eine bessere und effizientere Aufsicht ist eine sorgfältige Diskussion nötig. Diese wird gerade geführt. Schnellschüsse sind sogar gefährlich.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Alle sollten wissen, was die Stunde geschlagen hat. Finanzmarktaufsicht wurde schon von Adam Smith als notwendig erkannt.

Dr. Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank Frankfurt:

Es ist schwierig, die Banken gleichzeitig zwecks Rekapitalisierung zu subventionieren und ihnen andererseits Privilegien zu streichen. Die Chance, das zu tun, war da, wurde aber verpasst.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

In Zeiten des schlimmsten Leidensdrucks sind unter dem Vorwand des Notfallmanagements kapitale ordnungspolitische Fehler gemacht worden, die alleine zurückzunehmen eine nicht unerhebliche Herausforderung darstellt. Ob dann noch Kraft bleibt, das Finanzsystem gesamthaft zu überdenken und die nötigen langfristigen Reformen mit Nachdruck anzugehen?? Es besteht die



Gefahr, dass die Politik sich dann schon strategisch auf die nächste Bundestagswahl vorbereiten wird und trotz aller markanten Worte während der Krise dann jedoch wieder vor unangenehmen Entscheidungen zurückschrecken wird.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Gefahr besteht und sie lässt sich nur global bannen. Auf G20-Ebene sind auf dem Gipfel von Pittsburgh im September 2009 aber einige wichtige Einigungen erfolgt, auf deren Umsetzung es nun entscheidend ankommt.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weil die Verflechtung zwischen den Finanzmarktakteuren und der Finanzaufsicht in den USA relativ groß ist und die Konsensfindungskosten über die Zeit steigen. Bei sinkendem aktuellen Problemdruck ist die Konsequenz absehbar.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

An der Regulierung wird gearbeitet, sie wird kommen.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Dieser Regierung fehlt der Wille, die Finanzmarktaufsicht zu verbessern.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es besteht die Gefahr, dass alles wieder schnell vergessen wird und weitergeht wie bisher.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Noch hält der auf dem G-20-Treffen erzielte Konsens, dass die Reform der Finanzmarktordnung unabdingbar ist. An vielen Stellen wird mit Hochdruck an dieser Aufgabe gearbeitet. Aber die Aufgabe ist alles andere als leicht, wenn es um die Details geht. Deshalb ist Geduld angesagt, nicht Schnellschüsse. Die immer wiederkehrende Diskussion um die Bonuszahlungen für Banker ist ein Nebenschauplatz, auf dem sich mit großer medialer Wirkung Empörungsrouten praktizieren lassen.

Alexander Koch Media Relations & Executive Communications, UniCredit Markets & Investment Banking, HypoVereinsbank – Member of UniCredit:

Es wird Reformen geben, aber die wichtige Abstimmung auf internationaler Ebene hakt, vor allem auch weil wichtige Finanzmarktzentren Angst vor Statusverlusten haben dürften .

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ich denke, dass der öffentliche Druck im Moment noch groß genug ist, damit sich etwas bewegt. Aber je länger der Gesetzgebungsprozess dauert, desto größer ist die Gefahr, dass alles „weichgespült“ wird.



Dr. Volker Treier Chefvolkswirt, DIHK:

Bei der Finanzmarktaufsicht ist derzeit vieles im Fluss. Die Politik muss hier immer zwischen einer strengeren Regulierungen und den negativen Auswirkungen auf die Kreditversorgung der Unternehmen abwägen und deshalb vorsichtig vorgehen.

Stefan Maly Analyst, Cortal Consors S. A.:

Zwar sind die Schäden an den Fassaden der Banken behoben und sie erwecken wieder den Eindruck der Normalität. Dahinter sieht es allerdings deutlich schlechter aus. Die notwendigen Abschreibungen sind bestenfalls zur Hälfte erledigt, der zusätzliche Eigenkapitalbedarf der Banken bei weitem noch nicht gedeckt. Auch die Frage der sogenannten Quasibanken wie Hedgefonds und Geldmarktfonds ist noch nicht gelöst. Deshalb werden die Staaten und der Finanzsektor noch lange auf eine Zusammenarbeit angewiesen sein.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Eher nein denn ja: Regeln für eine „bessere“ Finanzmarktaufsicht sollten nicht im Schnellschuss erfolgen, sondern gut durchdacht werden. Dazu braucht es Zeit. Es gibt Lernprozesse. Wenn inzwischen die Banken wieder gut verdienen, ist das eigentlich nicht schlecht. Entscheidend ist, dass dabei die gravierenden Fehler im institutionellen Anreizsystem erkannt worden und nicht abermals als Ursache für die wieder boomenden Gewinne zu identifizieren sind.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Noch ist diese Gefahr nicht sehr groß, da die Öffentlichkeit solche Regeln erwartet. Je länger aber gewartet wird, um so eher dürfte die Regulierung nur noch sehr schwach ausfallen und um so größer wird das Problem einer (notwendigen) internationalen Abstimmung.

Dr. Stefan Kooths Abteilung Konjunktur, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:

Diese Gefahr besteht in der Tat, möglicherweise ist der Zug für eine durchgreifende Reform auch schon abgefahren. Die hohen Boni der Bankmanager sind dabei weniger das Problem als die nach wie vor ausstehende Insolvenzordnung für den Finanzsektor. Erst wenn die Risiken des Bankgeschäftes wieder vollständig auf die Eigner zurückfallen, werden sich auch deren Manager anders verhalten. Möglicherweise muss sich die Branche dann insgesamt auch von der einen oder anderen Renditevorstellung verabschieden – volkswirtschaftlich wäre dies indes kein Verlust, im Gegenteil.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA:

Die Finanzkrise war eine Zäsur. Die Auswirkungen auf die Finanzbranche, aber insbesondere auch die heftige Rezession in der Realwirtschaft werden so schnell nicht vergessen. Die Regulierung wird daher in jedem Fall zunehmen, allerdings werden einige Maßnahmen (höhere Kapitalanforderungen) nur mit zeitlicher Verzögerung umsetzbar sein.

Prof. Dr. Ulrich Blum Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Die Regierung hat keinen Biss und seitens der Banken bestehen weder Wille noch Fähigkeiten dazu! Zudem ist fraglich, ob man derartige Probleme mit Regulierung lösen kann. Persönliche Haftung ist weit geeigneter, persönliche und soziale Ziele vereinbar zu machen.